

DATAPORT / ANSTALT ÖFFENTLICHEN RECHTS / ALTENHOLZ

# Wirtschaftliche Lage 2021



# Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Dataport ist der Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und der Steuerverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie für den „IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR (ITVSH)“.

Dataport hat seinen Unternehmenssitz in Altenholz (bei Kiel) und Niederlassungen in Hamburg, Kiel, Bremen, Rostock, Lüneburg, Magdeburg und Halle. Dataport unterhält zudem Bürostandorte in Potsdam sowie in Berlin.

Die Entwicklung von Dataport war im Geschäftsjahr 2021 von Folgen der Corona-Pandemie geprägt, die zu einer deutlich erhöhten Nachfrage nach IT-Dienstleistungen und digitalen Infrastrukturen geführt hat. Digitalisierung bleibt insgesamt ein prägender Entwicklungstrend in den nächsten Jahren. Sie wirkt sich auf die Digitalisierung der Kernverwaltung, aber auch auf die Entwicklung der Digitalen Daseinsvorsorge als Geschäftsfeld aus. Entsprechend gewinnen neue Themen und Kundensegmente sowie das Drittgeschäft über die Träger von Dataport hinaus an Bedeutung. Es wird von weiteren öffentlich-rechtlichen Kunden Interesse an Leistungen von Dataport geben, hier insbesondere durch das Einer-für-Alle-Prinzip (EfA-Leistungen) in der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

Vor diesem Hintergrund befindet sich Dataport weiterhin auf einem nachhaltigen Wachstumskurs.

Diese Ausrichtung ist eingebettet in das vom Verwaltungsrat beschlossene strategische „Zielbild 2022-2026“, dem strategischen Rahmen für die Unternehmensentwicklung.

# Entwicklung des Umfeldes

## 1. Konjunktur in der Zeitenwende

Die Anfang des Jahres für 2022 gestellten wirtschaftlichen Prognosen verweisen auf einen wachsenden Markt der IT-Branchen. Die Corona-Krise hat die Digitalisierung bereits in 2021 in vielen Bereichen beschleunigt. Wirtschaft, Staat und Verbraucher investieren in digitale Technologien. In der IT-Branche werden die Umsatzentwicklungen der IT-Branche laut Bitkom um 5,9 Prozent auf 108,6 Milliarden (2021: 4,2 Prozent, 98,6 Milliarden Euro) steigen.<sup>1</sup>

Bis zum Jahresende werden die Unternehmen in Deutschland voraussichtlich 39.000 zusätzliche Jobs schaffen. Zurzeit sind 1,25 Millionen Menschen in der Branche beschäftigt. Allerdings fehlen weiterhin Spezialistinnen und Spezialisten. Bitkom rechnet damit, dass ca. 96.000 Stellen für IT-Fachkräfte unbesetzt bleiben werden.<sup>2</sup>

Ob Klima, Pandemie oder Standortwettbewerb – Digitalisierung ist die Antwort und ein entscheidender Teil der Lösung der Krisen und Herausforderungen unserer Zeit. Wirtschaft, Staat und große Teile der Gesellschaft wollen und müssen die Digitalisierung beschleunigen und investieren in digitale Infrastrukturen, Geräte, Software und Services. Zudem hatte die neue Bundesregierung einen digitalen Aufbruch angekündigt.<sup>3</sup>

Nach einem durch die Corona-Krise bedingten Einbruch im Jahr 2020 stiegen die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2021 wieder deutlich an. Im Haushaltsjahr 2021 stiegen sie gegenüber 2020 um insgesamt 11,5 Prozent auf 761,0 Mrd. Euro. Dieser außergewöhnlich kräftige Zuwachs war auf den pandemiebedingten Rückgang im Vorjahr zurückzuführen.<sup>4</sup>

Mit der letzten Steuerschätzung im November 2021 hatte das Bundesfinanzministerium eine positive Prognose unter Hinweis auf die positiven Auswirkungen der wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen gestellt. Es wurde angenommen, dass die Steuereinnahmen in allen Schätzjahren deutlich höher ausfallen werden als noch in der Steuerschätzung vom Mai 2021 prognostiziert.<sup>5</sup>

Nachdem sich der prognostizierte Aufwärtstrend noch im Februar 2022 bestätigt hatte,<sup>6</sup> wirken sich der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sowie die in der Folge umgesetzten Sanktionen dämpfend auf die deutsche Wirtschaft aus.<sup>7</sup> Die Konjunkturdaten weisen negative Effekte nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums zwar noch nicht aus, aber erste Indikationen sind stark erhöhte Energiepreise und in der Folge eine deutlich gestiegene Inflation von bis zu 7,3%. Unterbrochene Lieferketten führen in einzelnen Branchen zu Störungen in der Produktion. Die konkreten Folgen der steigenden Energiepreise und gestörter Lieferketten auf Steuereinnahmen und Haushalte können zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht abgeschätzt werden.<sup>8</sup> Einflussfaktoren sind dabei allerdings nicht nur der Krieg Russlands gegen die Ukraine, sondern auch die strikte Coronapolitik Chinas, die immer wieder zu flächendeckenden Lockdowns und damit ebenfalls zu Einbrüchen in den Lieferketten führt.

<sup>1</sup> <https://www.bitkom.org/Marktdaten/ITK-Konjunktur/ITK-Markt-Deutschland.html>

<sup>2</sup> <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Bitkom-Branche-waechst-stabil-und-schafft-neue-Jobs>

<sup>3</sup> <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Bitkom-Branche-waechst-stabil-und-schafft-neue-Jobs>

<sup>4</sup> <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2022/01/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-2-steuereinnahmen-2021.html>

<sup>5</sup> <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2021/11/2021-11-11-ergebnisse-der-steuerschaetzung.html>

<sup>6</sup> <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2022/03/Inhalte/Kapitel-4-Wirtschafts-und-Finanzlage/4-2-steuereinnahmen-februar-2022.html>

<sup>7</sup> <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/Wirtschaftliche-Lage/2022/20220413-die-wirtschaftliche-lage-in-deutschland-im-april-2022.html>

<sup>8</sup> <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2022/03/Inhalte/Kapitel-4-Wirtschafts-und-Finanzlage/4-1-konjunkturentwicklung-aus-finanzpolitischer-sicht.html>

## 2. Digitale Souveränität des Staates und Resilienz der öffentlichen Verwaltung

Vor dem Hintergrund der skizzierten Krisen lässt sich nicht ablesen, dass der Druck auf die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung nicht nachlassen wird. Im Gegenteil! Es lassen sich aus der bisherigen Entwicklung mindestens drei Konstanten herauslesen:

- (1) Die Bedeutung von digital souveränen IT-Dienstleistungen nimmt zu, um im Rahmen der Strategie der Digitalen Souveränität Abhängigkeiten von IT-Dienstleistungen aus Drittländern zu minimieren und um die Resilienz staatlicher Verwaltungsleistungen in Deutschland bzw. Europa sicher zu stellen. Die Erbringung von Verwaltungsleistungen aus dem Homeoffice ist bspw. ein in der Pandemie der öffentlichen Verwaltung bestimmender Faktor. In Spannungszeiten müssen die digitalen Verwaltungsleistungen bspw. gegen Cyberangriffe gut geschützt sein. Die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ist ein stabilisierender Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gilt erst recht in Zeiten von Unsicherheiten.

Die Krisen der letzten Jahre haben die Erkenntnis und das Bewusstsein geschärft, dass die öffentliche Verwaltung als stabilisierender Faktor von Wirtschaft und Gesellschaft gut aufgestellt sein muss, um auf Krisen und krisenhafte Phänomene schnell und stabilisierend zu reagieren. Das wird auf Dauer nur gelingen, wenn die IT-Infrastrukturen und die darauf erbrachten Leistungen sicher, performant und skalierbar konfiguriert sind. Für eine resiliente Verwaltung sind die IT-Leistungen also nicht nur für den Normalfall, sondern an allfälligen Krisenphänomenen auszurichten und zu gestalten. Digitale souveräne Dienstleistungen stellen sich demnach als Normalfall und nicht erst als spontane Reaktion auf eine etwaige außenpolitische „Umkehrung“ dar.

Aus diesen Gründen erwartet Dataport, dass die öffentliche Hand weiterhin in die Digitalisierung investieren muss und auch wird. Dataport ist mit seiner Akzentuierung auf die Aufgabe, die Digitale Souveränität des Staates zu schützen und die Resilienz der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen, gut aufgestellt. Mit seinem BSI-zertifizierten und energieeffizienten Rechenzentrum, der Einrichtung eines SOC (Security Office Center) sowie der Akzentuierung von Open Source sind wichtige Voraussetzungen geschaffen worden, die allerdings auch noch weiterer Anstrengungen und Unterstützung bedürfen.

- (2) Die Folgen der demografischen Entwicklung sind am Fachkräftemangel für einzelne Branchen bereits heute abzulesen. Signifikant ist er für die IT-Berufe. Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen ist eine Antwort auf diese Entwicklung: Verwaltungsleistungen müssen Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen nicht nur online angeboten werden, sondern vor allem auch im Backoffice automatisiert werden: Wenn die Verwaltungsleistungen in ihrer Breite und Leistungsdichte weiterhin konstant erbracht werden sollen, dann wird dies unter der Voraussetzung von deutlich weniger zur Verfügung stehenden Fachkräften nur durch einen höheren Automatisierungsgrad der Verwaltungsleistungen zu erreichen sein. Mit dem Registermodernisierungsgesetz ist ein wichtiger legislativer Impuls gesetzt, der nun noch umgesetzt werden muss.

Dataport hat bereits seit 2020 die Nutzung von Technologien wie Künstlicher Intelligenz (KI), mit denen die Automatisierung von Verwaltungsleistungen unterstützt wird, fokussiert und ist damit für die zweite Welle der Verwaltungsdigitalisierung gut aufgestellt.

- (3) Die Digitalisierung von Verwaltungsleistung wird dazu führen, dass zunehmend mehr Verwaltungsleistungen „von wenigen für möglichst viele“ oder in der Diktion des IT-Planungsrates für die Umsetzung von Online-Diensten als „Einer für Alle“-Leistungen (EfA) erbracht werden (sollen und müssen). Das EfA-Prinzip ist nicht weniger als eine digitale Transformation des Föderalismus, indem erstens von allen zu erledigenden Verwaltungsaufgaben auf der Basis einer Verabredung von einem für alle anderen erbracht werden, zweitens der „Eine“ diese Leistung allen anderen zur Verfügung stellen muss und drittens nur derjenige Bundesmittel erhält, der diese übernommene Aufgabe auch erfüllt. Am Beispiel des Onlinedienstes Wohngeld wird dies deutlich: Schleswig-Holstein hat die Aufgabe übernommen, diesen vom Bund finanzierten Onlinedienst als EfA zu entwickeln und bereitzustellen. Dieser Onlinedienst ist mittlerweile in über 100 Kommunen in Nordrhein-Westfalen ausgerollt. Dataport unterstützt diese Aufgabe durch die Entwicklung des Onlinedienstes, seinen Betrieb und dessen technisch-organisatorischen Roll-out.

Maßgeblich ist hier der Mechanismus der Arbeitsteilung, der sich auch in anderen Fachlichkeiten wiederfindet: Im Programm Polizei 2020 wird Dataport eine wichtige Rolle als Betreiber einnehmen, oder bei der Unterstützung der HPI-Schulcloud durch den Bund, die nun von Dataport (auch) als dBildungscloud weiterentwickelt und für bisher drei Länder betrieben und weiteren angeboten wird.

Dataport ist als Mehrländereinrichtung aufgrund seiner Kooperationserfahrungen und seiner organisatorisch-technischen Voraussetzungen durch das BSI-zertifizierte Rechenzentrum für die Umsetzung des EfA-Prinzips oder abgeschwächter „Wenige für Mehrere“ sehr gut aufgestellt. Die Beteiligung und Unterstützung der Genossenschaft der IT-Dienstleister GovDigital ist Beleg, dass Dataport auch zukünftig bereit ist, die Erfüllung wichtiger IT-Dienstleistungen in dieser Arbeitsteilung auch bundesweit zu erledigen. Das Engagement für den Open Source-Client dPhoenix, in der Umsetzung der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie sowie im Programm Polizei 2020 sind Ausdruck dieser Bereitschaft zur Übernahme auch bundesweiter Aufgaben.

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, welche entscheidende Rolle die Digitalisierung für die Gesellschaft hat und wie groß die Lücken in der öffentlichen Verwaltung noch sind.

Dataport geht daher davon aus, dass die Nachfrage nach IT-Infrastrukturen und IT-Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung weiter steigt. Trotz gesunkener Steuereinnahmen werden die haushälterischen Voraussetzungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des Online-Zugangsgesetzes (OZG) durch das im Juni 2020 beschlossene Konjunkturprogramm des Bundes (3 Milliarden Euro), die Mittel des Digitalpaktes Bildung des Bundes und weiterer Digitalisierungsmaßnahmen durch Ländern und Kommunen geschaffen werden. Die Bereitstellung der im Bundeshaushalt für die Umsetzung des OZG vorgesehenen Mittel für Umsetzungsprojekte in den Ländern erfolgte weiterhin mit erheblichen Verzögerungen. Eine Umsetzung aller OZG-Verfahren wird zum ursprünglich geplanten Termin Ende 2022 nicht abgeschlossen sein. Die Finanzierung über diesen Termin hinaus wird nach aller Voraussicht durch eine OZG-Novellierung (Arbeitstitel „OZG 2.0“) und die Bereitstellung von Mitteln über den gesetzlichen definierten Zeitpunkt hinaus gesichert.

### 3. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Im Rahmen der genannten Entwicklungen befindet sich Dataport (Stand März 2022) weiterhin auf einem kontinuierlichen Wachstumskurs. Indikatoren dafür sind zum einen die Personalzuwächse, zum anderen der Anstieg der Umsätze: Insgesamt ist der Umsatz von Dataport von 2020 auf 2021 um 15,6 Prozent auf 1.040,5 Millionen Euro gestiegen. Der durchschnittliche Personalbestand ist im selben Zeitraum um 11 Prozent von 3.814 Köpfen auf 4.241 gewachsen.

Die Pandemie hat sowohl die Bedeutung eines handlungsfähigen Staates als auch die der Digitalisierung deutlich vor Augen geführt. Digitalisierung hat sich als wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Pandemiebekämpfung erwiesen. Durch leistungsfähige digitale Lösungen werden die Analyse von Infektionsketten, Kontaktnachverfolgung und der Informationsaustausch im Gesundheitswesen verbessert.

Digitale Infrastrukturen gehören zur Daseinsvorsorge und sind eine wichtige Gestaltungsaufgabe der Politik. Digitale Daseinsvorsorge bedeutet, sich unter dem Vorzeichen der Digitalen Souveränität mit der Frage zu befassen, welche Infrastrukturen und digitalen Dienste so wichtig sind, dass sie nicht allein privaten Unternehmen überlassen, sondern in öffentlicher Verantwortung verbleiben müssen. Die Erfahrungen der Corona-Krise und nun des Krieges gegen die Ukraine zeigen, dass der Staat in allen Handlungsfeldern stärker als bisher Vorsorge treffen und Möglichkeiten zum Eingreifen und zur besseren Steuerung schaffen muss. Das gilt insbesondere für die Felder der öffentlichen Ordnung einschließlich des Katastrophenschutzes, aber auch für das Gesundheitswesen oder den Bildungsbereich. Gezeigt hat sich, dass es auch bei der Digitalisierung von Staat und Verwaltung notwendig ist, leistungsfähige Infrastrukturen weiter auszubauen, die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen und die Möglichkeit zur Nutzung von Daten als Grundlage für politische Entscheidungen schneller als bisher voranzutreiben.

Dataport ist dem Prinzip der digitalen Souveränität verpflichtet, stellt für seine Trägerländer und Kommunen sichere IT-Infrastrukturen zur Verfügung und treibt den digitalen Wandel durch die Entwicklung innovativer Services weiter voran. Dazu gehört der Betrieb leistungsfähiger Datennetze, über die ein schneller und sicherer Datenaustausch erfolgen kann. In BSI-zertifizierten, georedundanten Rechenzentren betreibt Dataport rund 950 Fachverfahren der Verwaltungen. Hard- und Software werden für die Träger durch die Abnahme großer Stückzahlen und langfristige Rahmenverträge zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt. Die Vielzahl der mobilen Arbeitsplätze und Digitalisierungserfolge, wie elektronische Aktenführung oder Video-Conferencing haben dafür gesorgt, dass die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung während der Pandemie aus dem Home-Office arbeiten und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung gewährleistet werden konnte.

Bereits vor der Pandemie wurde die Digitalisierung von Staat und Verwaltung durch die bis Ende 2022 vorgeschriebene Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes befördert. 575 Leistungsbündel der Verwaltung aller föderalen Ebenen sind bis dahin als Online-Dienste umzusetzen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, bietet Dataport im Auftrag seiner Träger die Plattform Online Service Infrastruktur (OSI) und die Online-Dienste-Factory als zentrale Infrastrukturkomponenten zur Umsetzung von Onlinediensten seiner Träger und Kooperationspartner an. Das Konjunkturpaket unterstützt ausschließlich die Entwicklung und Bereitstellung von Online-Diensten, die als Einer-für-Alle-Dienste (EfA) von den jeweiligen themenführenden Ländern über ihre IT-Dienstleister entwickelt und bundesweit bereitgestellt werden sollen. Dataport ist in der Folge dieser Vorgabe mit den im Auftrag seiner Träger entwickelten und über das Konjunkturprogramm finanzierten Online-Diensten bundesweit tätig. Ende des Jahres 2021 waren bereits 273 Online-Dienste bereitgestellt und rund 164 weitere Dienste projektiert.

Über den Bereich der gemeinsam mit Bund und Ländern betriebenen OZG-Umsetzung hinaus werden durch die anhaltende digitale Transformation und im Sinne der digitalen Daseinsvorsorge zusätzliche Angebote in den Bereichen Gesundheit, Kultur und Bildung entwickelt. Auch Justiz, Polizei oder Feuerwehr werden mit innovativen digitalen Angeboten unterstützt.

Die Entwicklung innovativer Online-Dienste wird auch in Zukunft ein wichtiges Tätigkeitsfeld bleiben. Die Nachfrage nach vollständig digitalisierten Verwaltungsleistungen, bei denen Nutzerorientierung und automatisierter Datenaustausch im Vordergrund stehen, wird schon wegen der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen abnehmenden Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter steigen. Dieses und die steigende Schuldenlast aufgrund der Corona-Hilfspakete werden absehbar weitere Effizienzgewinne durch Automatisierung notwendig machen. Daneben werden klassische Tätigkeitsfelder wie die IT-Konsolidierung weiterhin bestehen bleiben, weil auch dadurch Effizienzgewinne erzielt werden können.

Bund, Länder und Kommunen haben es sich zum Ziel gesetzt und im IT-Planungsrat entsprechende Beschlüsse gefasst, die Digitale Souveränität des Staates kontinuierlich zu stärken. Leistungen von Dataport sind konsequent auf die Wahrung der digitalen Souveränität und der Hoheit und Kontrolle über die eigenen Daten ausgerichtet.

Dataport verfügt mit seinem Datacenter Steuern, dem Datacenter Justiz und dem Datacenter Polizei im BSI-zertifizierten Rechenzentrum über die Voraussetzungen, die weitere IT-Konsolidierung der zentralen Fachverwaltungen im Hoheitsbereich der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen. Im Datacenter Steuern rechnet Dataport für sechs Länder, im Datacenter Justiz und im Datacenter Polizei für jeweils vier. Die erreichten Erfolge haben das Interesse weiterer Länder verstärkt. Das Programm Polizei 2020 wird diese Entwicklung zur Konsolidierung nachhaltig unterstützen.

Diese Ausrichtung wird im „Zielbild 2022 – 2026“ beschrieben. Für diese Hybrid-Strategie verhandelt Dataport mit Software-Lieferanten, die ihre Leistungen nur noch aus einer, vom außereuropäischen Ausland dominierten Cloud anbieten wollen. Nur so können die Erwartungen an eine souveräne Datenhaltung und -verwaltung erfüllt werden. Dataport bemüht sich aber gleichzeitig um Reduzierung derartiger Abhängigkeiten und Stärkung der eigenen Verhandlungsmacht, um einen verstärkten Einsatz von Open-Source-Lösungen. Über 40 Prozent der Rechenzentrums-Infrastrukturen laufen bereits auf einem Open-Source-Betriebssystem. „dPhoenix“ als Werkstatt, aus der eine Lösung für einen Open-Source-Arbeitsplatz bereitgestellt wird, ist ein weiteres Ergebnis dieser Bemühungen. Der vollständige Stack mit allen Komponenten wie Videokonferenz, E-Mail und Office-Produkten ist einsatzfähig.

Dataport verknüpft die Bereitstellung von IT mit einer ganzheitlichen Perspektive der Unterstützung für erfolgreiches Arbeiten im Unternehmen: Die richtige Fläche, moderne IT-Dienstleistungen und ein gutes Arbeitsklima. Um das Richtige zur richtigen Zeit und in der richtigen Mischung anbieten zu können, erhebt und misst Dataport systematisch die erforderlichen Informationen bei seinen Beschäftigten, um die Rahmenbedingungen nachjustieren zu können.

Darüber hinaus beteiligt sich Dataport an den Überlegungen zum Aufbau einer Deutschen Verwaltungs-Cloud im Rahmen des IT-Planungsrates und arbeitet aktiv mit bei Gaia-X, einer Initiative des Bundeswirtschaftsministers sowie mittlerweile auch der EU-Kommission. Ziel von Gaia-X ist die Schaffung einer sicheren und vernetzten europäischen Dateninfrastruktur, die den europäischen Wertvorstellungen und ihren Anforderungen an ihre Datensouveränität entspricht.

Neben der Digitalen Souveränität und der OZG-Umsetzung haben Themen, wie z.B. Big Data Analytics, Machine Learning und Künstliche Intelligenz an Bedeutung gewonnen. Sie zahlen auf die Notwendigkeit der Automatisierung von Verwaltungsleistungen und eine von Daten getriebene Verwaltung (data driven government) ein.

Dataport hat im Jahr 2021 einen Hub für Datennutzung und künstliche Intelligenz (data[port]ai) aufgebaut. Eine Plattform, auf der datengetriebene Lösungen und KI-Lösungen für die Verwaltung entwickelt und betrieben werden können. Der Hub soll auch Unternehmen (insbesondere kleine und mittlere Unternehmen), Start-ups sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen aus der Region als offene Plattform für Innovation und Wertschöpfung durch KI zur Verfügung stehen.

Mit Projekten zur Digitalen Daseinsvorsorge erweitert Dataport das Leistungsspektrum auf kommunaler Ebene. Dies wird auch am Beispiel der Unterstützung des Kommunalbereichs bei der Braunkohlekonversion in Sachsen-Anhalt deutlich.

Die Lage auf dem IT-Arbeitsmarkt verschärft sich durch den Fachkräftemangel weiterhin. Dataport rekrutiert gleichwohl erfolgreich. Der Aufwand dafür wächst jedoch und fordert von Dataport, seine Recruiting-Strategien kontinuierlich und systematisch an die sich verändernde Bedingungen anzupassen. Dataport kann mit interessanten Projekten, einem guten Betriebsklima, Familienfreundlichkeit und seiner Ausrichtung am Public Value derzeit noch gut „punkten“.



# Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt im Wesentlichen anhand der finanziellen Leistungsindikatoren Umsatzerlöse, Jahresergebnis, Personalaufwand, Eigenkapital(-quote), Investitionsvolumen sowie Liquidität.

Die Geschäftsentwicklung von Dataport führte im Wirtschaftsjahr 2021 zu einer Umsatzsteigerung von 15,6 % auf 1.040,5 Mio. € (2020: 900,4 Mio. €). Das Jahresergebnis 2021 liegt in Höhe von 14,2 Mio. € um 2,3 Mio. € über dem Vorjahr (2020: 11,9 Mio. €).

Die Umsatzerlöse für eigene Leistungen stiegen im Wirtschaftsjahr 2021 um 114,3 Mio. € (+16,9 %) auf 790,4 Mio. € (2020: 676,1 Mio. €). Dieses Umsatzwachstum ist vor allem auf eine weiter steigende Nachfrage im Bereich Netz- und Infrastrukturdienstleistungen, im Projektmanagement- und Consultinggeschäft sowie bei den Digitalisierungsprojekten zurückzuführen. Allein die Online-Dienste, die im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket „Onlinezugangsgesetz“ des Bundes nach dem EfA-Prinzip („Einer-für-Alle“) beauftragt und entwickelt wurden, führten zu einem Umsatz von rund 36 Mio. €. Die weiterhin hohen Digitalisierungsanforderungen der Kunden haben auch bei den Umsatzerlösen für das durchlaufende Handelsgeschäft für Wachstum gesorgt. So stiegen die Umsätze mit Handelswaren auf 161,9 Mio. € (2020: 139,0 Mio. €), die Umsätze mit durchlaufenden Fremdleistungen auf 73,5 Mio. € (2020: 69,9 Mio. €), bei einem leichten Rückgang der Umsätze durch Softwaremiete und -pflege auf 14,6 Mio. € (2020: 15,4 Mio. €).

Die aktivierten Eigenleistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 7,6 Mio. € auf 14,0 Mio. € (2020: 6,4 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 10,4 Mio. € um 1,3 Mio. € über dem Vorjahr (2020: 9,1 Mio. €). Dies beinhaltet unter anderem einen Ertrag in Höhe von 6,6 Mio. € durch die Steigerung des Aktivwertes der Rückdeckungsversicherung sowie den Verkaufserlös aus der Veräußerung der Anteile der KomMIT Beteiligung.

Der Aufwand für Material und bezogene Dienstleistungen stieg insgesamt von 513,8 Mio. € in 2020 um 74,3 Mio. € auf 588,1 Mio. € in 2021. Die deutliche Aufwandssteigerung lässt sich im Wesentlichen auf zwei Aspekte zurückführen. Durch das zusätzliche Handelsgeschäft entstand ein gegenüber dem Vorjahr um 11,1 Mio. € höherer Aufwand. Durch neue Projekte in den Bereichen Digitalisierung, Netz- und Infrastrukturdienstleistungen und im Projektmanagement- und Consultinggeschäft wurden zusätzliche Fremdleistungen benötigt, die zu einem um 45,3 Mio. € höheren Aufwand geführt haben.

Der Personalaufwand stieg 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 61,9 Mio. € oder 20,7 % auf 360,5 Mio. € (2020: 298,6 Mio. €). Der Großteil dieses Anstiegs ist auf die wachstumsbedingte Erweiterung der Personalkapazitäten (+14,2 %) von durchschnittlich 3.356 Full Time Equivalentents (FTE) in 2020 auf 3.834 FTE in 2021 zurückzuführen. Weitere Gründe für den deutlichen Anstieg des Personalaufwandes sind die tariflich bedingten Gehaltssteigerungen (in Summe rd. 3,7 Mio. €) sowie höhere Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen (+3,9 Mio. €), der Beihilferückstellung (+6,7 Mio. €) sowie der Rückstellung für Urlaub und Überstunden (+3,8 Mio. €).

Die Abschreibungen liegen mit 57,8 Mio. € um 7,2 Mio. € über dem Vorjahreswert (50,6 Mio. €). Die im Verlauf der vergangenen Jahre stark gestiegenen Investitionssummen führen zu einem entsprechend steigenden Aufwand für Abschreibungen. Gegenüber dem Vorjahr (100,4 Mio. €) steigt die Investitionssumme in 2021 um 10,5 Mio. € auf 110,9 Mio. €. Das Anlagevermögen, ohne Finanzanlagen, hat einen bilanzierten Wert in Höhe von 267,9 Mio. € (2020: 216,9 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Steuern steigen im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Mio. € auf 39,5 Mio. € (2020: 37,7 Mio. €). Dieser Anstieg lässt sich im Wesentlichen auf das Personalwachstum (+ Ø 477 FTE in 2021) von Dataport zurückführen. Höherer Aufwand entstand hier vor allem durch das Personal Recruiting, der Weiterführung der Employer-Branding-Kampagne sowie für die Anmietung zusätzlicher Büroflächen als Vorsorge für das Wachstum der postpandemischen Phase.

Die kurzfristigen, finanziellen Verpflichtungen konnten aus eigenen Mitteln erbracht werden. Es bestehen Betriebsmittelkredite in Höhe von 15 Mio. €, da der Bestand der liquiden Mittel in Folge der ungleichmäßigen Zahlungseingänge in der Abwicklung des Konjunkturprogrammes durch den Bund gegenüber den Trägerländern im Geschäftsjahresverlauf erheblich schwankt. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 108,5 Mio. € (2020: 107,9 Mio. €).

Das Anlagevermögen war zum 31.12.2021 zu 83,6 % (2020: 85,4 %) durch Eigenkapital und langfristige Pensions- und Beihilferückstellungen gedeckt. Die Finanzanlagen in Höhe von 96,6 Mio. € (2020: 83,3 Mio. €) bestehen nahezu ausschließlich aus den Rückdeckungsversicherungen. Das Umlaufvermögen beträgt 154,2 Mio. € im Jahr 2021 (2020: 141,8 Mio. €). Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 35,2 Mio. € (2020: 31,3 Mio. €) betreffen im Wesentlichen Vorauszahlungen für Hardwarewartungs- und Softwarepflegeverträge.

Die Eigenkapitalquote steigt auf 12,9 % (2020: 12,1 %). Aufgrund des deutlich positiven Jahresüberschusses ergibt sich trotz höherer Bilanzsumme eine Erhöhung der Eigenkapitalquote.

Die Rückstellungen steigen um 44,0 Mio. € auf 267,9 Mio. € (2020: 223,9 Mio. €). Zu dem Anstieg tragen im Wesentlichen die Erhöhung der Rückstellungen für Pensionen (+ 27,7 Mio. €), der Beihilferückstellung (+ 6,7 Mio. €), für Überstunden und Urlaubsverpflichtungen (+ 2,6 Mio. €) sowie der Rückstellung für die tariflich festgelegte Corona-Sonderzahlung (5,4 Mio. €) bei.

Die Summe der Verbindlichkeiten ging im Berichtsjahr um 18,5 Mio. € auf 101,0 Mio. € zurück (2020: 119,5 Mio. €). Der Rückgang ist vor allem auf geringere Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung zurückzuführen. Diese gingen im Vergleich zum Vorjahresresultimo (2020: 87,0 Mio. €) um 16,4 Mio. € auf 70,6 Mio. € zurück. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um die jährliche Tilgung (1,1 Mio. €) des Investitionskredits für den Bau des digitalen Druck- und Kuvertierzentrums (Stand 31.12.2021 9,1 Mio. €) zurückgegangen.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 113,6 Mio. € (2020: 72,8 Mio. €) beinhalten zum großen Teil kundenfinanzierte Investitionen in den Produkten des Standardersatzbedarfs in der Endgerätebetreuung und für den Netzausbau in Schleswig-Holstein.

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2021 ist als stabil zu beurteilen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren ergeben sich insbesondere aus der Personalleistungsstatistik. Im Geschäftsjahr 2021 liegt der Anteil der Leistungen für Kundenaufträge und marktorientierte Projekte der internen Mitarbeiter bei 70,1 % (2020: 69,7 %). Die sonstigen Zeiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung und allgemeine Administration) gingen entsprechend auf 29,9 % (2020: 30,3 %) zurück.

# Ausblick, Chancen und Risiken

Dataport hat sich erfolgreich als öffentlicher IT-Dienstleister für die Verwaltung etabliert und wird diese auch zukünftig erfolgreich mit hochwertigen und wirtschaftlichen IT-Dienstleistungen unterstützen. Mit der im „Dataport-Zielbild 2022 – 2026“ formulierten Vision und den umfangreichen Zielvorgaben hat Dataport einen Rahmen für die Entwicklung:

*Dataport ist ein öffentliches Unternehmen aus dem Norden, das sich agil in seinen internen und externen Strukturen und Prozessen auf wachsende Bedarfe der Kundinnen und Kunden ausrichtet. Dataport erbringt in Benchmarks erfolgreiche IT-Services von Beratung, über Entwicklung bis zum Betrieb als Fullservice-Provider nach den Kriterien Qualität, Sicherheit, Flexibilität und Wirtschaftlichkeit. Dataport unterstützt als föderaler Kooperations-Nukleus, Konsolidierungs- und Innovationstreiber die Digitalisierung und Daseinsvorsorge. Dataport steht mit seinem Markenkern für „Public Value“ und sichert die digitale Souveränität des Staates.*

Die Entwicklung von Dataport wird von den nachfolgenden Chancen und Risiken beeinflusst. Dataport managt die Risiken im Rahmen eines strategischen Risikomanagements. Das Risikomanagement erfolgt in Verbindung mit dem Management von Chancen und Zielen. Im Rahmen des Risikomanagements identifizieren Bereichs- und Stabsstellenleitungen die strategischen Risiken der Bereiche anhand eines standardisierten Verfahrens. Es wird zwischen Kundenrisiken, Finanzrisiken, Personalrisiken, Prozessrisiken, Technologierisiken und generellen Risiken unterschieden. Die Risikobearbeitung durchläuft vier Phasen: Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung und Maßnahmenphase.

# 1. Ausblick und Chancen

In den kommenden Jahren sind folgende Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung von Dataport prägend:

- Die Nachfrage nach IT-Dienstleistungen steigt, die die Resilienz der öffentlichen Verwaltung gewährleisten und die Digitale Souveränität des Staates schützen.
- Verwaltungsleistungen werden online zur Verfügung gestellt.
- Digitalisierung der Onlineangebote und Back-office-Verfahren.
- Die Automatisierung von Verwaltungsleistungen ist erforderlich, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen.
- Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheitswesen und im Bildungssystem wird schnell und konsequent weiterverfolgt. Dies erfordert weitere Investitionen.
- Die Erfahrung von Home-Office wird einen Ausbau der digitalen Verwaltung und Zusammenarbeit erfordern – zu Lasten der Aufwendungen für Büroflächen. Erforderlich werden allerdings Investitionen in Aufbau und Ausstattung von geeigneten Kommunikationsflächen für hybride Veranstaltungen in Präsenz und Online.
- Für die Herausforderungen einer datenunterstützten Verwaltung durch Automatisierung und Künstliche Intelligenz ist Dataport mit data[port]ai zukunftsorientiert aufgestellt.
- Das Konzept der Data Center für einzelne Fachdomänen (Steuer, Justiz und Polizei) bietet Dataport gute Voraussetzungen für weitere und vertiefte länderübergreifende Kooperationen innerhalb der jeweiligen Fachdomäne.
- Mit dem Angebot der dPhoenix-Suite verfügt Dataport über ein Alleinstellungsmerkmal für den Bereich der öffentlichen Verwaltung. Die zunehmende Bedeutung der Digitalen Souveränität des Staates wird hier zu verstärkter Nachfrage auch außerhalb des Trägerverbundes führen.
- Die Digitalisierung der Schulen erfordert nach Auslaufen des Digitalpaktes Mittel für Support und Betrieb der mittlerweile aufgebauten IT-Infrastruktur.
- Knappere Haushalte legen eine weitere Konsolidierung der IT – auch länder- und kommunalübergreifend nahe. Dies erfordert ebenfalls Investitionen.

## 2. Risiken

### 2.1. Generelle Risiken

- Aufgrund des Wachstums besteht die Herausforderung, die Qualität der zu erbringenden IT-Leistungen kontinuierlich zu verbessern, um den zunehmenden Erwartungen der Kunden gerecht zu werden. Dazu hat Dataport im Jahr 2021 ein System für Kunden- und Nutzerbefragungen über alle Produkte und Leistungen ausgerollt und eingesetzt.
- Dataport wächst seit mehreren Jahren und diese Entwicklung wird sich in den folgenden Jahren fortsetzen. Dataport hat daher ein Programm „Wachstum managen“ aufgesetzt. In diesem Programm werden verschiedene Handlungsfelder bearbeitet. Im Jahr 2021 wurden die Handlungsfelder IDA-Nachfolge (IDA steht für „Interne digitale Aufstellung“), Pipelinemanagement, Unternehmensarchitektur, Nutzer-/Kundenzufriedenheit & Qualitätsmanagement, Produktisierung & Vertriebsorganisation, Make or Buy & Fertigungstiefe, Unternehmensorganisation und Rollenbasiertes Onboarding bearbeitet. Die Handlungsfelder Nutzer-/Kundenzufriedenheit und Make or Buy wurden abgeschlossen, die anderen Handlungsfelder werden fortgeführt.
- Nach gegenwärtiger Rechtslage endet zum 31. Dezember 2022 das Moratorium zum § 2b UStG. Damit ist nach gegenwärtiger Rechtslage für die weit überwiegende Anzahl der Leistungen von Dataport ab dem 1. Januar 2023 eine Umsatzsteuerpflicht gegeben. Bestimmte Trägerländer planen in unterschiedlichem Maße für bestimmte Leistungen eine ausschließliche Erbringung durch öffentlich-rechtliche Dienstleister gesetzlich vorzuschreiben. Damit würden diese Leistungen dem Wettbewerb entzogen und möglicherweise keine Umsatzsteuerpflicht bestehen. Nach gegenwärtiger Lage werden die Gesetzgebungsverfahren in 2022 nicht abgeschlossen werden können. Dataport wird daher zu Jahresbeginn 2023 weitgehend die Umsatzsteuer in Rechnung stellen. Dies wird Kostensteigerungen auf Seiten der Auftraggeber in Höhe von durchschnittlich neun bis zehn Prozent zur Folge haben. In den Haushalten der Kunden ist in unterschiedlichem Maße für diesen Fall Vorsorge getroffen, so dass eine kundenseitige Absenkung der Leistungsabnahme nicht ausgeschlossen werden kann.
- Zusätzliche Aufträge durch Digitalisierung führen zu Personalwachstum. Für das zusätzliche Personal steigt der Bedarf an Raum. Zusätzliche Büroflächen, ggfls. auch an anderen Standorten müssen gefunden und bewirtschaftet werden. An allen Standorten wurden dafür zusätzliche Flächen oder Co-Working-Arbeitsplätze angemietet. Aufgrund der positiven Erkenntnisse des Arbeitens im Home-Office, das zeigen Mitarbeiterbefragungen, werden die Beschäftigten flexibler arbeiten wollen. In Zukunft geht Dataport daher davon aus, dass der Flächenbedarf pro Beschäftigten wegen der Ausweitung des mobilen Arbeitens pro Tag sinken wird.
- Die mit der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg verbundenen Risiken können aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung nicht abschließend bewertet werden. Die vertraglichen Leistungen werden seitens Dataport im Rahmen der realisierten Krisenorganisation erbracht. Inwieweit sich die haushälterischen Belastungen auf die IT-Haushalte der Kunden auswirken werden, ist noch nicht absehbar. Die aktuelle Situation verdeutlicht aber auch die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Informationstechnik gerade in Krisensituationen. Hiermit sind, zumindest mittelfristig, auch Potenziale für eine zukünftige Entwicklung verbunden, die Resilienz der Verwaltung zu gewährleisten und die Digitale Souveränität des Staates zu schützen.
- Bedingt durch die Corona-Pandemie hat sich eine anhaltende Rohstoffknappheit entwickelt, die zu einem gravierenden Preisanstieg geführt hat. Dataport reagiert auf die Entwicklungen mit der Erhöhung der Lagerbestände sowie neuen Rahmenverträgen. Ein weiterer Anstieg der Energiekosten ist wahrscheinlich. Mittelfristig ist nicht auszuschließen, dass dieser Anstieg nicht durch weitere Produktivitätssteigerungen zu kompensieren ist und sich in den Preisen niederschlagen muss.

## 2.2. Personalrisiken

Durch die demografische Entwicklung einerseits sowie den anziehenden IT-Arbeitsmarkt andererseits kommt es zu einem IT-Fachkräftemangel. Zur Risikominimierung wurde eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, wie zum Beispiel Erweiterung des Ausbildungskonzeptes, Employer-Branding-Kampagne, Recruiting, Durchführung von Personalplanungs-Workshops und der Ausbau des Ausbildungsportfolios sowie von Hochschul-Kooperationen. Der Bekanntheitsgrad von Dataport liegt zurzeit bei 8 Prozent. Für das Jahr 2022 sind Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Bekanntheitsgrades in Planung. Dataport erreicht in von unabhängigen Instituten wie Statista durchgeführten Umfragen hervorragende Plätze unter den IT Arbeitgebern in Deutschland.

## 2.3. Technologierisiken

- Auf die wachsende Bedrohungslage durch Cyber-Angriffe stellt sich Dataport durch eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und den Ausbau eines Security Operation Center (SOC) ein. Das SOC befasst sich aktuell mit dem Einsatz von KI-Werkzeugen im Kampf gegen Cyber-Angriffe.
- Die Bedrohungslage verschärft sich weiterhin und erfolgreiche Angriffe, insbesondere aus Drittstaaten, sind nicht auszuschließen. Der hieraus erwachsene Finanzbedarf wird in den nächsten Jahren weiter steigen.

Insgesamt ist festzustellen, dass Dataport die erkannten Risiken managt und der Bestand des Unternehmens stabil ist. Dataport erfüllt seinen gesetzlichen Auftrag. Seit der Gründung konnten Synergien für die Träger erwirtschaftet werden.

**Dataport**

Anstalt des öffentlichen Rechts  
Altenholzer Straße 10-14  
24161 Altenholz  
[www.dataport.de](http://www.dataport.de)

**Pressesprecherin**

Britta Heinrich  
Telefon: +49 40 42846-3047  
Mobil: +49 171 3342284  
E-Mail: [Britta.Heinrich@dataport.de](mailto:Britta.Heinrich@dataport.de)